

Klaus Schönhoven

100 Jahre Freistaat Bayern

Zur Rolle der SPD als Wegbereiter der sozialen Demokratie in Bayern

Am 8. November 1918 veröffentlichten die Münchner Neuesten Nachrichten einen Aufruf, an dessen Anfang der knappe Satz stand: „Bayern ist fortan ein Freistaat“. Diesen Aufruf hatte Kurt Eisner verfasst, als er nach einer Friedenskundgebung auf der Theresienwiese in München den unblutigen Regimewechsel von der Monarchie zur Republik in Bayern durchgesetzt hatte. Heute ist der Begriff „Freistaat“ ein identitätsstiftendes Markenzeichen des Bundeslandes Bayern, dessen politisch-kulturelle Repräsentation die CSU für sich allein beansprucht. Sie hat die Staatsbezeichnung „Freistaat“ adoptiert und in ihre weiß-blaue Farbenlehre integriert. Dabei klammerte sie aus, dass diese verfassungsrechtliche Definition Bayerns als Republik auf revolutionäre Wurzeln zurückgeht und dass sie ursprünglich alles andere als ein Markenzeichen des bayerischen Föderalismus war.

Mit ihrer Übernahme des von Eisner geprägten Begriffs „Freistaat“ wollte die CSU ihr regionales Sonderbewusstsein auch emotional untermauern. Dabei ging es der CSU vor allem um die Rechtfertigung der bayerischen Eigenstaatlichkeit, deren Charakteristika sie als bayerische „Staatspartei“ in vielfältigen Formen widerspiegeln will. Sie reichen von der demonstrativ zur Schau gestellten Volkstümlichkeit der CSU, in der Laptop und Lederhose die Identität der Partei handfest charakterisieren sollen, über ihren immer wieder praktizierten partikularistischen Eigensinn, wenn es ihr um die Bewahrung der historischen Sonderrolle Bayerns und dessen spezifischer Identität als weiß-blaue „Heimat“ geht,

bis hin zu ihrem politischen Drohpotential auf der Bundesbühne, mit dem sie immer wieder Regierungskrisen in Berlin anfacht.

Wenn man jedoch die historische Herkunft und die verfassungsrechtliche Bedeutung des Begriffs „Freistaat“ analysiert, dann kommt man zu einem etwas anders akzentuierten Befund, der sich nicht einfach in die krachlederne Selbstdarstellung der CSU integrieren lässt. Denn deren permanente Inszenierung als Hüter der bayerischen Staatstradition wird von parteipolitischer Überheblichkeit und historischer Vergesslichkeit überformt. Die CSU verdrängt nämlich konsequent, dass die Gründung des demokratischen Bayerns als „Freistaat“ eine historische Leistung der politischen Linken war.

Im revolutionären Ursprung dieses Begriffs spiegelt sich vor allem die Idee der republikanischen Freiheit wider. Ein Freistaat sollte, wie Eisner als der Gründer des Freistaates Bayern im November 1918 beton hat, nicht mehr wie ein monarchischer Obrigkeitsstaat regiert werden, sondern vielmehr ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein, in dem die Volkssouveränität verwirklicht war.

Eisner entmachtete deshalb am 8. November 1918 die bayerische Erbmonarchie der Wittelsbacher und setzte an ihre Stelle die parlamentarische Demokratie. Deren Legitimität gründete nicht mehr auf dem Gottesgnadentum und das daraus jahrhundertlang abgeleitete Herrschaftsrecht eines Königs. Fortan sollte die demokratische Selbstbestimmung des Volkes das tragende Verfassungsfundament in Bayern sein. Bereits am 12. Januar 1919 konnten deshalb alle bayerischen Staatsbürger, also alle Männer und Frauen, die 20 Jahre alt waren, in einer allgemeinen und gleichen Wahl die parteipolitische Zusammensetzung des bayerischen Parlaments bestimmen.

Diese epochale Bedeutung von Kurt Eisner als Demokratiegründer in Bayern hat man jahrzehntelang aus der weiß-blauen Landesgeschichte ausgeklammert. Er wurde in ihr als Räterevolutionär oder Bolschewist, als preußischer Jude, als Anarchist oder als fehlgeleiteter Idealist charakterisiert und denunziert. Dieses völlig verzerrte Bild prägte auch seine Wahrnehmung durch führende politische Repräsentanten in Bayern. Das offizielle Gedenken an Eisner, der Standesprivilegien abschaffte, das Frauenwahlrecht, den Achtsturentag und die Arbeitslosenhilfe in Bayern einführte, hat das christlich-konservative Parteilager immer wieder systematisch blockiert. Sowohl die Bayerische Volkspartei in der Weimarer Republik wie auch die CSU als ihre Nachfolgepartei in der Bundesrepublik grenzten Eisner aus der bayerischen Erinnerungspolitik gezielt aus. Sie haben ihn denunziert und seine Bedeutung als bayerischen Demokratiegründer verleumdet und vergessen. Dass Eisner überzeugter Föderalist war und die Eigenständigkeit Bayerns in einem Bundesstaat immer wieder betont hat, fand man ebenfalls nicht erwähnenswert.

Alle Versuche, dieses verzerrte Geschichtsbild zu korrigieren, in dem Eisner als Gewalttäter und als Repräsentant einer Rätediktatur charakterisiert wurde, blieben in Bayern lange Zeit ohne politischen Widerhall und ohne öffentliche Resonanz. Dass er am 21. Februar 1919 im neugewählten Landtag zurücktreten wollte, als er auf dem Weg in das Parlament ermordet wurde, dass erst nach diesem Attentat die Radikalisierung in Bayern begann, die dann in der sogenannten „zweiten Revolution“ im Frühjahr und Frühsommer 1919 blutig eskalierte, hat man in der bayerischen Erinnerungspolitik ebenfalls jahrzehntelang buchstäblich „vergessen“.

Erst im Februar 1989, siebenzig Jahre nach seiner Ermordung, wurde für Eisner nach kontroversen politischen Diskussionen in München eine

Gedenktafel eingeweiht. Man hat sie als ein „Bodendenkmal“ an der Stelle platziert, an der er 1919 von dem Monarchisten Graf Arco ermordet worden war. Dort konnte man ihn „übergehen“ und weiterhin vergessen. Erst 2011 erhielt Eisner auf Initiative der SPD ein Denkmal in der Landeshauptstadt, auf dem das von ihm am 8. November 1918 formulierte Bekenntnis zu lesen ist: „Jedes Menschenleben soll heilig sein.“

Die Antwort auf die Frage, warum sich ausgerechnet im traditionsbewussten Bayern, in dem die Wittelsbacher Monarchie 800 Jahre lang das Land geprägt hatte, der erste Königssturz im Deutschen Reich vollzog, lautete im katholisch-konservativen Milieu lange Zeit folgendermaßen: Landfremde Elemente, Literaten, Juden und Sozialisten sowie der proletarische Mob hätten unter der Führung des Linkssozialisten Eisners im November 1918 den Staatsumsturz gewaltsam erzwungen und damit die heile Welt der weiß-blauen Stammesgeschichte vernichtet. Diese Deutung machte sich auch Kardinal Faulhaber zu eigen, als er 1922 auf dem Katholikentag in München erklärte, die Republikgründung in Deutschland basiere auf „Meineid und Hochverrat“ und sei deshalb mit einem „Kainsmal“ belastet.

Seine abwegige und irreführende Beschreibung hallte fortan im politischen Katholizismus in Bayern nach und verfehlte ihre gewollte Wirkung nicht. Ausgeblendet blieb die Tatsache, dass sich der Umsturz im November 1918 in Bayern gewaltlos vollzogen hatte, dass der Linkssozialist Eisner sofort danach die demokratischen und sozialen Fundamente für einen Volksstaat gelegt hatte, dessen Parlament bereits im Januar 1919 gewählt wurde, dass er damit allen Parteien im Freistaat Bayern die Möglichkeit zur demokratischen Mitwirkung an der Regierung des Landes eröffnete.

Für dieses Ziel hatten sich die Sozialdemokraten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts überall in Deutschland immer wieder engagiert. Denn sie waren seit der Revolution von 1848 der Wegbereiter der Demokratie in Deutschland gewesen. Auch in Bayern kann man die Vorgeschichte der Demokratiegründung von 1918 bis zur Revolution von 1848 zurückverfolgen, als auch hier erste Arbeitervereine entstanden, die sich den Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit und damit den Ideen der Französischen Revolution von 1789 verschrieben. Man kann die politische Frühgeschichte der bayerischen Sozialdemokratie für das Bismarckreich nachzeichnen und ihre regionalen Stützpunkte in den Industriestandorten Bayerns benennen. Und man kann das programmatische Profil der Protagonisten der bayerischen Sozialdemokratie aus ihren politischen Forderungen ablesen.

Sie waren keine Revolutionäre, die auf die Karte eines blutigen Umsturzes setzten. Sondern sie waren Reformpolitiker, die Schritt für Schritt für politische Veränderungen kämpfen wollten. Georg von Vollmar, der von 1892 bis 1918 an der Spitze der bayerischen Sozialdemokraten stand, hat immer wieder betont, die Partei könne ihre Ziele nur dann erreichen, wenn sie die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite habe. Sein volksparteilicher und reformorientierter Ansatz war bereits vor dem Ersten Weltkrieg das besondere Charakteristikum der bayerischen SPD, die innerhalb der noch revolutionär argumentierenden Reichspartei eine Sonderrolle spielte.

Wenn man nach den historischen Treuhändern einer demokratischen und reformistischen Staatstradition in der SPD sucht, wird man sich vor allem in der Geschichte der bayerischen Sozialdemokratie umschauen müssen. Auch Kurt Eisner, der sich während des Ersten Weltkrieges als überzeugter Pazifist der USPD angeschlossen hatte, in der er sich für

eine rücksichtslose Aufklärung der Ursachen des Ersten Weltkrieges einsetzte, war ein sozialer Demokrat und kein idealistischer Träumer oder kopfloser Revoluzzer. Er suchte nach neuen Wegen zwischen Kommunismus und Kapitalismus und machte ethische Prinzipien zu seiner politischen Leitschnur. Sein Ziel war die Verwirklichung der demokratischen Mündigkeit der Menschen in einem „Freistaat“, dessen Gründung er dann im Herbst 1918 in Bayern mit einer unblutig verlaufenden Massendemonstration verwirklichte.

Nach der Ermordung Eisners durch einen monarchistischen Attentäter im Februar 1919 verflieg die demokratische Aufbruchsstimmung in Bayern aber sehr schnell. Das Land wurde zunächst zum Schauplatz von linksradikalen Räteexperimenten und dann von konterrevolutionären Racheakten. Die Sozialdemokraten standen zwischen den Fronten, als sie versuchten, die nun überall in Bayern entbrennenden blutigen Machtkämpfe zu kanalisieren. Dabei verfolgte die SPD 1919 als Regierungspartei einen politischen Schlingerkurs, der sie überall anecken ließ und sie in eine innere Zerreißprobe trieb. Gemäßigte Wähler kehrten ihr den Rücken, weil die SPD-Regierung die Lage nicht zu stabilisieren vermochte. Das harte Vorgehen der von ihr geführten Regierung gegen außerparlamentarische Aktivitäten, die blutige Niederwerfung des Räteradikalismus in München durch nach Bayern einmarschierende Reichswehrtruppen und die konzeptionslose Politik der immer kopfloser werdenden SPD-Führung im Landtag waren die Wegmarken der Folgezeit, an deren Ende im Frühjahr 1920 die Partei aus der Regierung zurücktreten musste und damit den Weg für eine konservative Restaurationsphase mit antidemokratischen Akzenten öffnete.

Doch nicht nur die politische Ohnmacht der SPD als republikanische Partei, sondern vor allem die Demokratieskepsis und Republikferne der

im Herbst 1918 gegründeten katholisch geprägten Bayerischen Volkspartei und ihrer im Protestantismus beheimateten deutschnationalen Bündnispartner ebneten in Bayern den Boden für die anwachsende Republikfeindschaft. Deren erster spektakulärer Höhepunkt wurde dann am 9. November 1923 der Hitlerputsch in München, mit dem der Nationalsozialismus und seine Bündnispartner einen Machtwechsel erzwingen wollten.

Vor der Gefahr des Nationalsozialismus hat in den folgenden Jahren im Bayerischen Landtag der junge sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Hoegner immer wieder eindringlich gewarnt. Er attackierte den „sträflichen Leichtsin“ der bayerischen Regierung in ihrem Umgang mit der NSDAP als „kapitale Dummheit“ und als „politisches Verbrechen“. Und er bemühte sich in einem Untersuchungsausschuss des Landtags vergeblich darum, die reaktionären Hintermänner der Nationalsozialisten, die in Bayern den Hitlerputsch finanziert und damit mit ermöglicht hatten, zur Verantwortung zu ziehen.

Hoegner war ein überzeugter und streitbarer Republikaner und ein klarsichtiger Gegner des Nationalsozialismus. Und man kann mit guten Gründen darüber nachdenken, ob die Weimarer Republik nicht doch zu retten gewesen wäre, wenn auch im politischen Katholizismus, im bürgerlichen Liberalismus und im konservativen Protestantismus mehr Einsicht in die barbarischen Zerstörungskräfte des Nationalsozialismus bestanden hätte. In ihrem Kampf für eine wehrhafte Demokratie stand die Sozialdemokratie in Bayern bis 1933 immer wieder allein da.

Dies lässt sich durch einen Blick auf die Politik der Bayerischen Volkspartei dokumentieren, die seit 1920 Bayern regierte und als katholisch-konservative Regionalpartei der Vorläufer der CSU war. Die BVP betonte immer wieder, sie sei im Kampf gegen die Revolution von

1918 groß geworden. Entsprechend handelte sie auch. Denn sie verhalf bei der Reichspräsidentenwahl 1925 mit ihrem Votum Paul von Hindenburg zum Sieg, der als ehemaliger kaiserlicher Generalfeldmarschall das vordemokratische Deutschland verkörperte und dann in seiner Amtsführung entsprechend handelte. Fünf Jahre später, im März 1930, war die Bayerische Volkspartei maßgeblich am Bruch der Großen Koalition in Berlin beteiligt, die als letzte parlamentarische Regierung in die Geschichte der Weimarer Republik eingegangen ist. Und 1932 war die demokratische Substanz der Bayerischen Volkspartei bereits so stark ausgehöhlt, dass sie autoritären Krisenlösungen eindeutig den Vorzug vor demokratischen Optionen gab. 1933 strebte die BVP dann vergeblich sogar eine schwarz-braune Koalition an, um ihrer Entmachtung durch die Nationalsozialisten zu entgehen.

Die in den knapp anderthalb Jahrzehnten der Weimarer Republik verspielten Chancen und versäumten Gelegenheiten, aus Bayern einen wirklichen Freistaat zu machen, endeten für die Sozialdemokratie 1933 in einer politischen Katastrophe. Ihre politische Zerschlagung, die gezielte Verfolgung ihrer Funktionäre und Mandatsträger sowie die Folterung und Ermordung von vielen Regimegegnern aus den Reihen der Arbeiterbewegung bildeten den Auftakt einer zwölfjährigen Schreckensherrschaft, deren beispiellose Verbrechen sich tief in das Gedächtnis der gesamten Menschheit eingebrannt haben.

Fahnenflüchtig wurde die bayerische Sozialdemokratie auch nach der sogenannten „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus im Januar 1933 nicht. Sie verweigerte sich der Selbstentmachtung des Deutschen Reichstags und des Bayerischen Landtags durch Ermächtigungsgesetze, dem alle anderen Parteien zustimmten. Das Nein der SPD zu dieser Kapitulation vor der nationalsozialistischen

Diktatur begründete im Bayerischen Landtag Albert Rosshaupter. Er betonte, man könne die SPD vielleicht vorübergehend mit Gewalt und Terror unterdrücken, aber ihre überzeugten Anhänger würden sich nicht von den Ideen der staatsbürgerlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit lossagen. Rosshaupter musste für sein Nein zum Ermächtigungsgesetz – wie viele andere sozialdemokratischen Parlamentarier – in der Folgezeit mit jahrelanger KZ-Haft büßen. Dieses Schicksal teilten mit ihm auch die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten aus Bayern, von denen nicht alle die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus überlebten.

Man kann aber überall in Bayern während der NS-Diktatur sozialdemokratische Zirkel und Gruppen finden, die sich dem Zugriff des Nationalsozialismus zu entziehen suchten, Widerstand vor Ort leisteten, Verbindungen zum Exil knüpften und im sozialdemokratischen Milieu einen moralischen Rückhalt fanden. In diesen im Dritten Reich überdauernden solidarischen Gesinnungsgemeinschaften lagen die Wurzeln für die erstaunlich schnelle Wiedergründung der SPD in Bayern nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur.

Erneut war es ein Sozialdemokrat, der aus dem Schweizer Exil zurückgekehrte Wilhelm Hoegner, der die entscheidenden Weichen zur Gründung der Nachkriegsdemokratie in Bayern stellte. Ihn ernannten die amerikanischen Besatzungsbehörden im September 1945 zum Bayerischen Ministerpräsidenten, weil sie dem zuvor von ihnen nominierten CSU-Politiker Fritz Schäffer wegen seiner fragwürdigen Haltung während der Weimarer Republik und seiner zu großen Milde im Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten misstrauten.

Zum Begründer der bayerischen Nachkriegsdemokratie wurde dann der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner. Er erarbeitete persönlich für das Land

Bayern 1946 einen Verfassungsentwurf, in dem Bayern erneut als ein föderaler „Freistaat“ charakterisiert wurde. Damit knüpfte Hoegner bewusst und gezielt an das Erbe von Kurt Eisner an. Denn auch er wollte Bayern zu einem „Volksstaat“ gestalten. Hoegner trug dafür Sorge, dass in der Landesverfassung die Freiheitsrechte des Einzelnen, das Prinzip der Rechtstaatlichkeit und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verankert wurden. Sein Verfassungstext betonte die Gleichberechtigung von Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen. Und Hoegner konzipierte nach dem Vorbild seines Schweizer Exillandes die Möglichkeiten der demokratischen Mitwirkung der Wahlberechtigten durch Volksbegehren und Volksentscheide. Hoegner hat zudem in die bayerische Landesverfassung einen Artikel eingefügt, der jedem Bürger des Freistaates den Genuss der Naturschönheiten garantierte und eine Einschränkung des Eigentumsrechtes vorsah, wenn es um den freien Zugang zu Bergen, Seen und Flüssen ging.

Von diesen von Hoegner formulierten und durchgesetzten Verfassungsgarantien hat die SPD in den folgenden Jahrzehnten – sehr zum Missfallen der CSU – mehrfach Gebrauch gemacht. Da seit 1957, also seit mittlerweile mehr als sechzig Jahren, die bayerische Landesregierung zu einem schwarzen Erbhof geworden ist, konnte sich die SPD gegen die Vorherrschaft der weiß-blauen Staatspartei in diesen fünf Jahrzehnten nur mit Volksbegehren zur Wehr setzen.

Hierzu gehörte die in den 1960er Jahren erfolgreich durchgesetzte Schulreform, mit der die Gemeinschaftsschule zur Regelschule wurde; hierzu gehörte das Volksbegehren zur Rundfunkfreiheit, mit dem in den 1970er Jahren die von der CSU angestrebte staatliche Mediensteuerung wenigstens zum Teil abgeblockt werden konnte. Und hierzu gehörte schließlich die Präzisierung des Natur- und Umweltschutzes in der bayerischen Verfassung in den 1980er Jahren, mit dem die SPD unter

der Führung von Helmut Rotermond eine Konkretisierung des Verfassungsauftrags von 1946 erzwang.

Man sollte schon deshalb Bayern nicht zu einem von der CSU gelenkten Einparteienstaat machen, wo sie als regionale Landespartei schalten und walten kann, wie sie will. In diesem Kontext muss man nämlich auch an die sozialdemokratischen Oberbürgermeister erinnern, die jahrzehntelang das kommunale Geschehen in den bayerischen Großstädten geprägt haben. Hierzu zählten in der Landeshauptstadt München der legendäre Thomas Wimmer, der München in der Nachkriegszeit regierte, oder sein Nachfolger Hans Jochen Vogel, der München zu einer Weltstadt mit Herz umformte und dann als sozialdemokratischer Spitzenpolitiker und Parteivorsitzender der SPD politische und moralische Maßstäbe setzte, an denen sich Demokraten nach wie vor orientieren sollten. Und auch in Franken gibt und gab es kommunale Hochburgen der SPD, blickt man nach Nürnberg, oder auch nach Bayreuth, Schweinfurt, Würzburg und Aschaffenburg.

Viele sozialdemokratische Abgeordnete in Bayern waren und sind bis heute in der Landes- und Bundespolitik engagierte Anwälte der kleinen Leute und leisten vor Ort demokratische Kärnerarbeit in den regionalen Parlamenten der Regierungsbezirke oder sind als Bürgermeister, Landräte und kommunale Mandatsträger flächendeckend aktiv. Es besteht also überhaupt kein Grund, aus Bayern einen christlich-konservativen Einparteienstaat zu machen, in dem die CSU konkurrenzlos als die geborene Staatspartei fungieren kann und ihre Gefolgschaft überall das Sagen hat.

Die politisch-kulturelle Landnahme der CSU war jedoch ein Prozess, der sich seit den 1960er und 1970er stark beschleunigt hat. Das „andere Bayern“, das Sozialdemokraten, Linksliberale und Grüne verkörpern

wollten oder bis heute immer noch für sich reklamieren, stand gegen die organisatorische Übermacht des schwarzen Parteikolosses vielerorts auf verlorenem Posten. Oft musste und muss sich die SPD mit einigen gegenkulturellen Inseln in der weiß-blau eingefärbten Staatskultur Bayerns begnügen.

Als Mutmacher engagierten sich für die Sozialdemokratie auch prominente Kabarettisten wie Dieter Hildebrandt und die „Münchener Lach- und Schießgesellschaft“ oder Musikanten wie die Biermösl-Blosn, die bis 2012 mit bissigen Liedern eine andere Volksmusik populär machten. Zu dieser Gruppe der „Dissidenten“ gehört auch Gerhard Pold, der alle Medien mit Lust und verstörenden Beobachtungen bespielt, oder die Well-Brüder, die einen ironischen Kreuzzug gegen den amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Söder führen.

Alle diese Anstrengungen, die CSU auf der künstlerischen Bühne herauszufordern, wollten und wollen auch eine politische Hilfe für die SPD sein. Doch sie konnten den politischen Durchbruch der SPD nicht herbeiführen. Dafür war und ist die SPD selbst verantwortlich. Entscheidend für die Stimmenverluste und den Niedergang der SPD, der sich mittlerweile in dramatischen Umfragewerten und Wahlergebnissen widerspiegelt, sind personelle und organisatorische Probleme. Die Partei hat sich zu lange und zu einäugig in ihren großstädtischen Traditionsräumen und Milieuinself abgekapselt und zu wenig Kontakte und politisch-kulturelle Verflechtungen außerhalb ihrer überschaubaren und vertrauten Binnenwelt im urbanen Milieu ausgebaut. Bis heute existieren in Bayern sozialdemokratische Diasporagebiete, in denen – wenn überhaupt – nur in Wahlkämpfen einige SPD-Missionare auftauchen, die von den Einheimischen ebenso misstrauisch beäugt werden wie ihre roten Vorfahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Bereits vor 25 Jahren, als die bayerische SPD die Gründung einer bayerischen Landesorganisation wiederbelebte, forderte die Parteivorsitzende Renate Schmidt, den Ausbruch der Partei aus ihrer lokalen und regionalen Selbstverliebtheit in ihren städtischen Hochburgen in Altbayern und Franken, aus ihrer organisatorischen Selbstbezogenheit und aus ihrer politischen Selbstgenügsamkeit. Ob die Partei in der seitdem vergangenen Zeit die von Renate Schmidt proklamierte „unverklemmte Selbstdarstellung als tolerante, pluralistische und kompetente Partei“ verwirklichen konnte, kann man unterschiedlich bewerten.

Unbestritten ist aber, dass die bayerische SPD, die bei den Landtagswahlen im Oktober 2018 abstürzte und nicht einmal ein Zehntel der Wähler für sich zu mobilisieren vermochte, in fatalistischer Selbstgenügsamkeit und innerparteilicher Beschränktheit keinesfalls überleben wird. Vielmehr kommt es jetzt darauf an, dass sich die SPD auch in Bayern wieder stärker an ihrer historischen Identität als demokratische Pionierpartei und als republikanische Reformpartei orientiert.

Nirgendwo steht geschrieben, dass Bayern ein immerwährender CSU-Staat sein wird. Dies belegen auch die Stimmenverluste der CSU bei den Landtagswahlen im Herbst 2018, bei denen sie die absolute Mehrheit verlor und fortan auf Koalitionspartner angewiesen ist. Und auch das bayerische Staatswappen mit Löwe und Raute ist nicht – wie manche vielleicht glauben – das Parteiabzeichen der CSU, auch wenn diese es sich für ihre Selbstdarstellung angeeignet hat. Die Geschichte dieses Hauswappens der Wittelsbacher kann man bis in das 13. Jahrhundert zurückverfolgen. Seine parteipolitische Instrumentalisierung durch die CSU dokumentiert aber einmal mehr, dass sie sich auch auf dem Feld der symbolischen Politik als „Staatspartei“ zu inszenieren versucht.

Die SPD muss, will sie neue Kraft für die Zukunft gewinnen, sich wieder stärker auf ihr humanistisches und emanzipatorisches Erbe besinnen, mit dem die Partei im 19. Jahrhundert gegründet wurde. Ihre drei programmatischen Postulate Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verdichten auch begrifflich eine zeitlos gültige Perspektive. Die SPD ist nicht nur die mit Abstand älteste deutsche Partei, sie hat auch mit reformerischer Leidenschaft für innere und äußere Freiheit, für das Recht auf freie Meinungsäußerung, für die Gleichberechtigung aller Menschen und für die gegenseitige Toleranz gekämpft.

Nicht jeder Weg, den die SPD seit ihrer Gründung einschlug, erwies sich als ein emanzipatorischer Königsweg zu mehr Demokratie und mehr sozialer Gerechtigkeit. Viele ihrer politischen Hoffnungen wurden immer wieder enttäuscht. Dabei musste die Partei lernen, dass der Fortschritt eine Schnecke ist, die sich nur langsam und auf gewundenen Wegen vorwärts bewegt. Dieses Fortschrittsdenken lässt sich in einem Wörtchen, nämlich dem Wörtchen „mehr“, verdichten. Es war und ist nämlich die reformerische Antriebskraft der Sozialdemokratie. Dies hat Waldemar von Knoeringen als programmatischer Vordenker der bayerischen SPD in seinen Reden und Schriften immer wieder betont:

Die SPD solle in einer von ideologischen Konflikten zerklüfteten Welt, in einer Welt der Benachteiligten und der Verfolgten *mehr* Menschlichkeit, *mehr* Gerechtigkeit und *mehr* Solidarität verwirklichen. In dem Wörtchen „mehr“ sah Waldemar von Knoeringen das Schlüsselwort der sozialdemokratischen Strategie, wenn es um Probleme der demokratischen Emanzipation und der sozialen Gerechtigkeit ging. Und er betonte, dass „mehr“ auch heißen könne, etwas *anders* zu machen als in der Vergangenheit.

Dieses reformerische Prinzip setzt Lernbereitschaft und Lernfähigkeit voraus, aber auch Geduld und Hartnäckigkeit. Darauf wies bereits Georg von Vollmar hin, der als Reichstags- und Landtagsabgeordneter im späten Kaiserreich der intellektuelle Vordenker der bayerischen Sozialdemokratie gewesen ist. Er rühmte die besonderen Eigenschaften der bayerischen Sozialdemokraten und betonte, sie würden sich durch Starrsinn und Steifnackigkeit auszeichnen, aber auch durch ein ausgeprägtes demokratisches Gefühl und durch keine Spur von Unterwürfigkeit.

Vollmars Credo lautete: „Wir sollen das Zukünftige im Auge behalten, aber darüber hinaus nicht das Gegenwärtige, Nächste, Dringendste vergessen“. Dieser politische Pragmatismus, der auf festen programmatischen Perspektiven gründet und zugleich die Gegenwart Tag für Tag gestalten will, ohne dabei die Zukunft aus dem Blick zu verlieren, könnte auch im 21. Jahrhundert ein Wegweiser für die bayerischen Sozialdemokraten sein.

In Bayern sollte sich die SPD daran erinnern, dass sie den „Freistaat“ nicht nur auf vielfältige Weise mitgeprägt und mitgestaltet hat. Denn sie hat ihn zweimal gegründet: 1918 war es Kurt Eisner, der die demokratischen und sozialen Fundamente des bayerischen Freistaates legte. Und nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner an die Tradition Eisners an, als er als bayerischer Ministerpräsident und Verfassungsschöpfer dessen Erbe in den ersten Nachkriegsjahren wiederbelebte.

Es ist an der Zeit, diese historischen Wurzeln der bayerischen Demokratieggeschichte wieder freizulegen, die heute zu oft hinter der von der CSU aufpolierten weiß-blauen Staatsfassade verborgen bleiben. Die bayerische SPD muss ihre fatalistische Selbstgenügsamkeit überwinden.

Sie hat allen Grund dazu, hundert Jahre nach der Gründung des Freistaates Bayern an ihre Identität als demokratische Pionierpartei und als republikanische Reformpartei zu erinnern. Wenn sie sich heute wieder stärker auf ihr emanzipatorisches Erbe besinnt, kann sie auch neue Kraft für die Zukunft gewinnen.